

Demokratische Öffentlichkeit als kritische Öffentlichkeit

Dieter Rucht

Wie steht es um die demokratische Öffentlichkeit in Deutschland?

Demokratische Öffentlichkeit ist die Antithese zur inszenierten und zensierten Öffentlichkeit, welche autoritäre oder gar diktatorische Systeme auszeichnet. Sie beschränkt sich nicht auf die Spielwiese eines speakers' corner oder der sorgsam arrangierten Polit-Talks, sondern schließt eine Vielzahl von Foren ein: vom beiläufigen politischen Gespräch im Eisenbahnabteil über die Veranstaltungsöffentlichkeiten der Podiumsdiskussionen und Straßenproteste bis zu den Internet-Blogs und Fernsehnachrichten. Abgesehen von gut begründeten Ausnahmen kann alles gesagt werden, was als öffentliche Angelegenheit zu betrachten ist, wobei die Bestimmung dessen selbst ein Resultat öffentlicher Auseinandersetzung ist. Demokratische Öffentlichkeit ist weit mehr als ein Lieferant von Unterstützung, der sogenannten Input-Legitimität, für den politischen Entscheidungsapparat. Sie soll über den Zustand von Gesellschaft informieren, kollektive Willensbildung ermöglichen, politische Entscheidungen mit aktiver bürgerschaftlicher Beteiligung stimulieren sowie getroffene Entscheidungen bewerten. Damit erhält sie eine Schlüsselrolle für die Herstellung und Sicherung einer lebendigen Demokratie. Verfahrensgrundlage einer solchen Öffentlichkeit ist die Auseinandersetzung zwischen Freien und Gleichen. Erst dann vermag Öffentlichkeit ihr Vernunftspotenzial zu entfalten als Ergebnis dessen, was, in den Worten *Immanuel Kants*, „freie und öffentliche Prüfung hat aushalten können“.

Neben allen ihren sonstigen Funktionen muss kritische Öffentlichkeit also Umstrittenes *kritisch prüfen*, d.h. Behauptungen über Sachverhalte nachgehen, Positionen und Vorschläge im Lichte von Argumenten und Gegenargumenten abwägen, Geltungsansprüche nach dem Maßstab ihrer Schutzwürdigkeit und Verallgemeinerbarkeit bestätigen oder aber zurückweisen. Die Möglichkeit dieses freien Prüfens ist an strukturelle und verfahrensförmige Voraussetzungen gebunden – nicht zuletzt um zu verhindern, dass Meinungsmonopole und mediale Monokulturen entstehen und damit bestimmte Sprecher, Themen und Gesichtspunkte ausgegrenzt werden können.

Gemessen an diesen Anforderungen steht es um die Qualität der politischen Öffentlichkeit in Deutschland nicht zum Besten. Dies zeigen drei sehr unterschiedlich gelagerte Fälle aus der jüngsten Zeit: Lokale und regionale Medien haben sich seit der Ankündigung des Bahnprojekts Stuttgart 21 über mehr als ein Jahrzehnt zum Sprachrohr der Betreiberseite gemacht. Erst aufgrund der anhaltenden Massenproteste wurde anderen Sichtweisen der ihnen gebührende Raum zuteil. Das zweite Beispiel ist die Liberalisierung der Finanzmärkte, für die zahllose Journalisten – insbesondere Wirtschaftsjournalisten – die Werbetrommel gerührt haben. Dem hat erst das offenkundige Desaster der Liberalisierungspolitik ein vorläufiges Ende gesetzt. Der dritte und aktuellste Fall betrifft die politische Einordnung einiger Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens. Es bedurfte der Volks-

aufstände in den Straßen von Tunis und Kairo, um der Masse von Journalisten die seit Jahrzehnten greifbare Tatsache vor Augen zu führen, dass man es mit Diktaturen zu tun hatte. Westliche Politiker sowie die ihnen willfährig folgenden Massenmedien haben Ruhe und Ordnung sowie florierenden Wirtschaftsbeziehungen mehr Bedeutung zugemessen als Menschen- und Bürgerrechten. Wie sonst hätte man den ägyptischen Präsidenten *Mubarak* als „wirklichen Freund“ (Helmut Kohl) oder Mann von „großer Weisheit“ (Guido Westerwelle) bezeichnen können.

Wurde in den genannten Fällen durch den Gang der Ereignisse ein anderer und kritischer Blick geradezu erzwungen, so bestehen eher alltägliche Funktions- und Strukturdefizite politischer Öffentlichkeit mit entsprechenden Folgen fort. Die lange Liste bezieht sich nicht nur auf das Offenkundige, etwa die vorurteilsbeladene und manipulative Meinungsmache der Boulevardpresse mit ihrer millionenfachen Reichweite oder die Zunahme regionaler Monopolzeitungen. Dazu gehört auch die Bereitschaft, vorgefertigte Botschaften organisierter Lobbyisten, wie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, zu übernehmen; einen wahlweise schneidig oder lässig auftretenden Verteidigungsminister zu glorifizieren, in den auf Aktualität und Konflikt getrimmten Polit-Talks einer Reihe notorischer Dampfplauderer Raum zu gewähren, weitgehend inhaltsleere Berichte über Staatsbesuche zu präsentieren oder Live-Schaltungen zu Journalisten vorzunehmen, die sehnlich auf die Verkündung eines Verhandlungsergebnisses warten. Auf all dies hinzuweisen, ist nicht originell; man denke an engagierte Kritiken von *Tom Schimmeck*, *Walter van Rossum* oder *Stefan Niggemeier*. Gefordert ist allerdings, diese Erkenntnisse weiter zu verbreiten und zu vertiefen, um ein generalisiertes Problembewusstsein zu schaffen und letzten Endes kritische Öffentlichkeit zu stärken. Dass ein Gutteil der angedeuteten Mängel gleichsam en passant durch die Kommunikation im Internet aufgehoben würde, bleibt wohl ein frommer Wunsch. So beeindruckend die Vorteile des Netzes bei der Beschaffung und Verteilung von Informationen sind, so bescheiden sind doch seine bislang absehbaren Effekte im Sinne einer diskursiv angelegten Überzeugungsarbeit und Kritik. Sich daran zu beteiligen, ist das Gebot aller demokratischen Kräfte – und dies in allen Foren politischer Öffentlichkeit.

Dieter Rucht, Dr., ist Honorarprofessor für Soziologie an der Freien Universität Berlin und Ko-Leiter der Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
Arbeitsschwerpunkte: Politische Partizipation, Öffentlichkeit, soziale Bewegungen, Protest.
e-mail: rucht@wzb.eu